



Ausschuss für Migrationsangelegenheiten

5. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)^{*)}

01. Februar 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 11.30 Uhr

Vorsitz: Britta Altenkamp-Nowicki (SPD)

Stenograf: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/400

Vorlagen 13/302 und 13/303

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

Einzelberatungen gemäß Vereinbarungen der Fraktionen

1

Vereinbarungsgemäß führen die Fraktionen die Einzelberatung des Einzelplans 15 in den den Ausschuss betreffenden Teilen durch.

^{*)} öffentlicher Teil mit Top 1 und Top 2 siehe APr 13/191

4 Verschiedenes

Siehe Seite 4 des Diskussionsteils

Aus der Diskussion

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/400
Vorlagen 13/302 und 13/303

Einzelplan 15 - Ministerium für Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie

hier: Kapitel 15 060 und 15 510

Vereinbarungsgemäß befasst sich der **Ausschuss** in seiner heutigen Sitzung mit **Detailfragen zum Einzelplan 15** in den den Ausschuss betreffenden Kapiteln 15 060 und 15 510. - Zu den **Nachfragen der CDU-Fraktion:**

Kapitel 15 060 Landesmaßnahmen für Spätaussiedler, ausländische Arbeitnehmer und deren Angehörige sowie für ausländische Flüchtlinge

Titel 684 61 - Zuschüsse an kulturelle oder ähnliche Einrichtungen

Zur Begründung für die Ansatzserhöhung um 29.000 DM legt **Regierungsangestellter Rütten, Ministerium für Arbeit, Soziales, Qualifikation und Technologie**, dar, dass der überwiegende Teil der institutionellen Förderung von Einrichtungen Fördermaßnahmen gem. § 96 BVFG seien. Dort seien Personalkostensteigerungen zu verzeichnen, die jetzt nachvollzogen würden. Soweit es um die Projektförderung in Höhe von 16.000 DM gehe, werde eine entsprechende Auflistung zur Verfügung gestellt.

Titelgruppe 64 Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migranten/innen

Auf die Bitte um Erläuterung der Ansatzserhöhung für das Zentrum für Türkeistudien teilt **Regierungsangestellter Rütten** mit, das Zentrum für Türkeistudien sei seinerzeit mit Unterstützung der deutschen Wirtschaft und einer weiteren privaten Stiftung gegründet worden. Nordrhein-Westfalen habe den staatlichen Anteil geleistet.

Aktuell würden sich die privaten Stiftungen - wie dies bereits zu Beginn des Engagements angekündigt worden sei - aus der Unterstützung nach und nach zurückziehen. Das Zentrum solle auf jeden Fall auf eine sichere Finanzierungsbasis gestellt werden, die die Akquisition privater Gelder ermöglichen solle, mit denen Projekte finanziert würden. Das Wissenschaftsministerium, das Wirtschaftsministerium und das MASQT hätten in Abstimmung mit den beiden Stiftungen und dem Zentrum für Türkeistudien die Idee entwickelt, das Zentrum in Form einer Stiftung sicherzustellen. Um das Stiftungskapital weiterzuführen, solle eine einmalige Bezuschussung aus dem Haushalt des MASQT in Höhe von 800.000 DM gewährt

werden. Die beiden anderen Häuser sollten sich ebenfalls einbringen. Im weiteren Verlaufe solle es Projektfördermittel geben.

Titelgruppe 63 Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie zur friedlichen Konfliktregelung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf

Auf eine entsprechende Frage des **Thomas Kufen (CDU)** führt **Regierungsangestellter Rütten** aus, unter der Vorgabe, mit öffentlichen Mitteln sparsam umzugehen, habe man den Haushalt in der Balance halten müssen. Während an der einen Stelle 29.000 DM dazugegeben worden seien, habe man an einer anderen Stelle 29.000 DM einsparen müssen. Die Einsparung sei im Zusammenhang mit der in Rede stehenden Position geschaffen worden, weil dort keine Personalkosten berührt worden seien.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme in Unna-Massen, bemerkt Thomas Kufen, sei eine gravierende Veränderung im Stellenplan zu beobachten. Das Ministerium werde um eine Stellungnahme zu den entsprechenden Auswirkungen gebeten.

Regierungsangestellter Rütten macht darauf aufmerksam, dass die Zahl der Spätaussiedler und der Kontingentflüchtlinge enorm zurückgegangen sei. In Anpassung an den geänderten Bedarf sei mittelfristig ein Personalabbau erforderlich. Das noch zur Verfügung stehende Personal sei in der Lage, die Aufgaben kurzfristig und flexibel abzuarbeiten. Ein Beleg hierfür sei die Gruppe der Libanonflüchtlinge, die im vergangenen Jahr kurzfristig versorgt worden sei.

Titel 684 63 - Zuschüsse für laufende Zwecke an freie Träger

Zur Frage, was sich hinter der Förderung der in den Erläuterungen angesprochenen Clearing-Stellen verberge und wie diese aufgebaut würden, antwortet **Regierungsangestellter Rütten**, im Mittelpunkt stehe die Modellförderung von Antidiskriminierungsprojekten. Diese seien mittlerweile abgeschlossen. Ein Evaluationsbericht des Landesentrums für Zuwanderung liege vor. Konsequenzen für die zukünftige Förderung von Antidiskriminierungsarbeit sollten gezogen werden. Ein Konzept gebe es hierfür noch nicht.

Titelgruppe 81 Landeszentrum für Zuwanderung

Titel 425 81 - Bezüge für Angestellte

Zur Frage, in welchem Kontext die Ansatzserhöhung um 240.700 DM stehe, erläutert **Regierungsangestellter Rütten**: Zu beachten sei; dass in der Aufbauphase nicht alle Stellen sofort besetzt worden seien. Das Landeszentrum arbeite seit einem Jahr in voller Besetzung, sodass in Anlehnung an den tatsächlichen Bedarf Personalkosten angepasst werden müssten. Zusätzliche Stellen würden nicht geschaffen. Auf die Frage, wo und wann Mittel für einen Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik etatisiert werden müssten und an welchen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen islamwissenschaftliche Lehrstühle installiert seien, teilt Regierungsangestellter Rütten mit, diese Frage gehöre in die Zuständigkeit des Wissenschaftsministeriums. Wie weit dort entsprechende Überlegungen gediehen seien, vermöge er nicht zu sagen.

Minister Harald Schartau merkt an, in seinen Gesprächen mit dem MFJFG und dem Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung zur Vorbereitung des Integrationskonzepts der Landesregierung sei über dieses Thema mit Blick auf die Unterrichtsversorgung diskutiert worden. Er werde dem Ausschuss eine Übersicht zur Verfügung stellen, an welchen Universitäten und Hochschulen islamwissenschaftliche Kompetenzen vorgehalten würden.

Titelgruppe 62 Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Zuwanderern

Titel 526 62 - Kosten für Sachverständige und Untersuchungsvorhaben

Dr. Ute Dreckmann (F.D.P.) macht darauf aufmerksam, dass der Mittelansatz von 400.000 DM zurückgefahren worden sei und diese Mittel dem Zentrum für Türkeistudien zufließen. Würden die entsprechenden Leistungen in Zukunft dann auch vom Zentrum für Türkeistudien erledigt? - **Minister Harald Schartau** erinnert daran, dass es im Zusammenhang mit dem Zentrum für Türkeistudien einen Wechsel auf Stiftungsebene gegeben habe. Sein Haus gehe davon aus, dass das Zentrum in der Lage sei, aufgrund des Stiftungscharakters Mittel einzuwerben. Inhaltlich werde es keine Schwierigkeiten geben. Bei der Gelegenheit macht Minister Schartau im Zusammenhang mit dem zweiten Zuwanderungsbericht darauf aufmerksam, dass dort beim Umbruch in einer Reihe von Tabellen Zahlenfehler aufgetreten seien. Die fehlerhaften Zahlenangaben - vor die Zahlenangaben sei jeweils eine eins gerutscht - würden in der nächsten Auflage behoben.

Ausschussvorsitzende Britta Altenkamp-Nowicki bittet den Ausschuss darum, Änderungsanträge zum Haushalt bis spätestens 5. März beim Ausschusssekretariat einzureichen, damit allen Fraktionen eine entsprechend aufgearbeitete Beratungsgrundlage für die Abschlussberatung zur Verfügung gestellt werden können.